UD
FAKTEN UND ARGUMENTE
Nummer 14
3. Mai 2004
www.cdu.de

Europa 2004:

Deutschland kann mehr

Das Signal heißt nicht nur „Rot-Grün kann es nicht", sondern auch „Die CDU hat die besseren Lösungen!"

Das betonte Generalsekretär Laurenz Meyer bei der Präsentation der Motive für die Großflächen für die erste Klebephase. Vor einem großen Medienaufgebot erklärte Laurenz Meyer, dass die CDU eine zweigleisige Strategie bei der Plakatierung verfolgen werde. In jeder der drei Klebephasen werde ein Angriffsplakat, mit dem die rot-grünen Versäumnisse pointiert angegriffen werden, von einem Kompetenzplakat „flankiert". Mit diesem werde die Union für ihre besseren Politikkonzepte werben. Inhaltlich würden die ▶

INHALT

Aufbau Ost
„Vieles ist gelungen!"
Seite 3

Bundespräsidentenamt:
Köhler offiziell nominiert
Seite 6

Dokumentation
„Zukunft Aufbau Ost"
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Frühjahrsgutachten: Deutschland fällt weiter zurück (Seite 4–5) ■ Schleswig-Holstein: Endlich Ostsee-Konferenz einberufen! (Seite 7) ■ Baden-Württemberg: Keine Politik auf Kosten der Kommunen (Seite 8) ■ Hamburg: Fischer als Landesvorsitzender bestätigt (Seite 9) ■ Hessen: Positive Regierungsbilanz (Seite 10) ■ Rheinland-Pfalz: Hochgesteckte Ziele (Seite 11) ■ Frauen in der Lebenswelt von heute und morgen (Seite 12) ■ Aussiedlerbeauftragten-Konferenz (Seite 13) ■ Girl´s Day: Interesse für Politik geweckt! (Seite 14) ■ P. Götz, B.Kaster: Arbeitsforum „Große Städte": Perspektive Großstadt (Seite 15) ■ K. Reiche, W. Lensing, U. Schummer: Ausbildungsabgabe – gegen alle Bedenken (Seite 16) ■ P. Hintze: Neuer Zypern-Anlauf nötig (Seite 16-17) ■ D. Austermann, J.-K. Fromme: Eichels Gesetzentwurf versenkt (Seite 17-18) ■ G. Brunnhuber, H. Kues: Kontakte zum Heiligen Stuhl verstärkt (Seite 18)

▶ Themen „Wirtschaftswachstum" und „Arbeitslosigkeit" aufgegriffen werden, sagte Generalsekretär Meyer. Dies seien die Themen, die die Menschen bewegen. Das von Laurenz Meyer vorgestellte Angriffsplakat hebt besonders die Kritik an der rot-grünen Koalition hervor: Mit einem rot-grünen Apfel, aus dem eine Made hervorschaut, wird die Assoziation zur rot-grünen Regierung geweckt. „Außen schön, innen faul", betonte der Generalsekretär. Als Motiv für das Kompetenzplakat wurde ein „anpackender" Bauarbeiter gewählt. Dazu passt die Headline „Bessere Politik. Mehr Wachstum. Mehr Arbeit." Dieses Motiv bringe die politischen Ziele und Motive der Union knapp und präzise auf den Punkt, zeigte sich Laurenz Meyer bei der Vorstellung überzeugt. Denn nur mit einer konsequenten Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung werde es mit Deutschland wieder aufwärts gehen, sagte der Generalsekretär. Dies seien die Kompetenzfelder, für die die CDU stehe.

Zufrieden zeigte sich der Generalsekretär auch bei seinem Bericht an den Bundesvorstand zum Europawahlkampf. Die enge Verzahnung des Europawahlkampfes mit den Kommunal- und Landtagswahlkämpfen sei gelungen. In diesem Zusammenhang hob Laurenz Meyer die enge Kooperation der Landesverbände mit der Bundesgeschäftsstelle bei der Aktionszeitung und dem Ostbeihefter hervor. Das Angebot der Bundesgeschäftsstelle, eigene Regionalseiten in die Bundesseiten zu integrieren, sei von allen Landesverbänden angenommen worden. Die Zusammenarbeit klappe reibungslos.

WERBEMEDIEN

- Ab 26. April
  Großflächenplakate
- Ab 17. Mai
  TV und Radio
- 3.–9. Juni
  Kino

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telelefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telelefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Aufbau Ost

„Vieles ist gelungen!“

Zur Belebung von Wirtschaft und Beschäftigung in den neuen Ländern will die CDU den ostdeutschen Ländern mit Experimentierklauseln die Möglichkeit eröffnen, vom Bundesrecht abzuweichen und so das Wirtschaftswachstum zu fördern.

So müsse es möglich sein, dass die ostdeutschen Länder etwa im Planungs- und Genehmigungsrecht eigene Regeln aufstellen, heißt es in einem vom CDU-Bundesvorstand verabschiedeten Papier mit dem Titel „Zukunft Aufbau Ost“.

„Man muss den Aufbau Ost neu justieren,“ erklärte Angela Merkel bei der Vorstellung des Zehn-Punkte-Papiers. Der Osten Deutschlands könne „nur Anschluss finden, wenn den neuen Ländern besondere Rechte eingeräumt werden“. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands wandte sich gegen den Eindruck, es habe in den letzten 15 Jahren keine Fortschritte gegeben. „Das ist falsch. Die Bilanz ist positiv.“ Die CDU spricht sich in dem Papier dafür aus, gezielt industrielle Wachstumspole zu fördern, von denen Anstöße für Investitionen und Ar-

beitsplätze im jeweiligen Umfeld dieser Kerne ausgehen sollen. „Statt Finanzmittel zur Behebung aller möglichen regionalen Schwächen zu verwenden, sollen die Mittel künftig der gezielten Unterstützung regionaler Stärken dienen. Zentrales Problem des ostdeutschen Arbeitsmarktes sei, dass die Löhne oft höher seien als die Produktivität es zulasse. Die CDU sprach sich in diesem Zusammenhang erneut für die Förderung eines Niedriglohn-Sektors sowie für Lockerungen beim Kündigungsschutz aus. Aus dem System der Lohnersatz- und Transferleistungen für arbeitsfähige Arbeitslose sollte ein System der „Lohnergänzung“ gemacht werden. „Das soll sicherstellen, dass ein arbeitsfähiger Arbeitsloser, der eine gering entlohnte Tätigkeit aufnimmt, durch seinen Lohn und einen Lohnkostenzuschuss bzw. ergänzende Sozialhilfe über ein höheres Gesamteinkommen verfügt als jemand, der nicht arbeitet.“

Angesichts der massiven Probleme bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe warnte die Oppositionsführerin davor, den Zeitplan um jeden Preis einhalten zu wollen. Es sei bislang nicht „erkennbar, wie außer dem Streichen von Leistungen die Förderung ablaufen solle. Immerhin habe BA-Chef Frank-Jürgen Weise „frühzeitig auf dieses Problem aufmerksam“ gemacht. „Nichts wäre schlimmer, als wenn die Kommunen jetzt ihre Programme aufgäben und die Bundesagentur dann selbst nicht in der Lage wäre“, die Betreuung zu übernehmen, betonte Angela Merkel. Ausdrücklich forderte die CDU-Vorsitzende Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement auf, das Zeitfenster zu öffnen, um „für die Menschen im Land das Beste zu erreichen“.

→ www.cdu.de
→ Politik A bis Z
→ Beschlüsse

Deutschland fällt weiter zurück

Die Weltkonjunktur zieht an, doch Deutschland fällt unter Rot-Grün weiter zurück. Wieder haben die Institute ihre Prognose zurücknehmen müssen. Sie sagen gleichbleibend hohe Arbeitslosigkeit voraus, und ein Überschreiten der Stabilitätskriterien ist heute schon sicher. Ein verheerenderes Zeugnis kann man der Regierung nicht ausstellen.

Laurenz Meyer

Schon jetzt muss man befürchten, dass dies nicht die letzte Korrektur der Wachstumszahlen nach unten war und dass letztlich nur die Sondereffekte durch zusätzliche Arbeitstage im Jahr 2004 übrigbleiben.

Die Institute schreiben der Regierung ins Stammbuch: Dort, wo Rot-Grün überhaupt tätig wird, bewirken sie weitere Verunsicherung von Wirtschaft und Verbrauchern – wie beim unseligen Projekt Ausbildungsplatzabgabe und dem jetzt schon absehbaren Debakel beim Arbeitslosgeld II.

Schröder und Müntefering sind offensichtlich nur die eigenen Arbeitsplätze wichtig. Das beste Konjunkturprogramm für Deutschland wäre ein möglichst schneller Regierungswechsel.

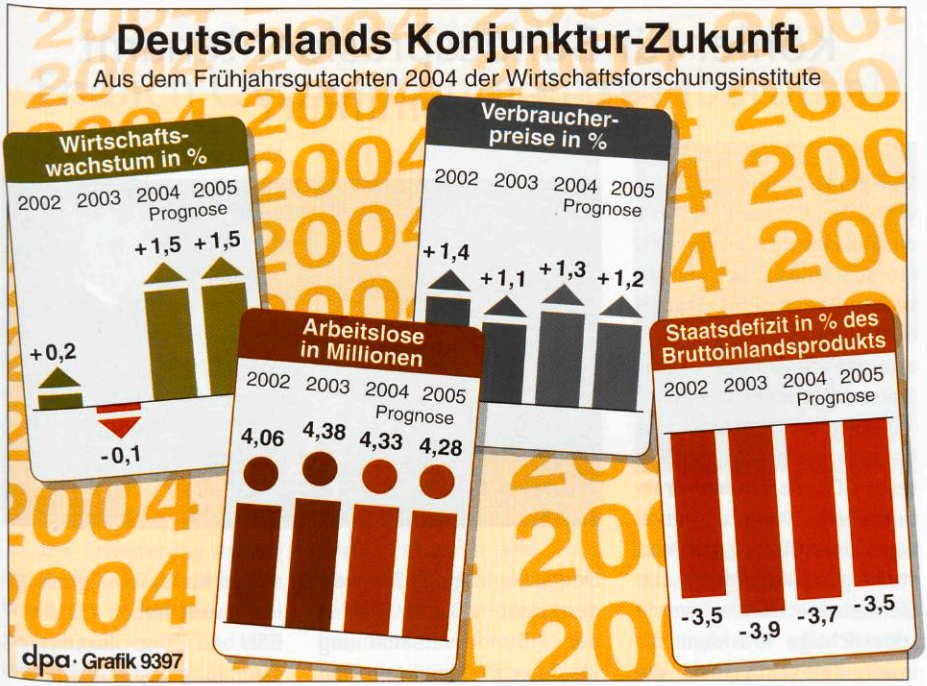
DEUTSCHLAND HINKT WELTWEITEM AUFSCHWUNG HINTERHER

Wegen seiner hausgemachten Probleme bleibt Deutschland nach Einschätzung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ein Nachzügler im weltweiten Aufschwung.

Die Weltwirtschaft wächst der des Frühjahrsgutachtens der Bundesregierung zufolge in diesem Jahr um 3,7 und im kommenden um 3,1 %. Der Welthandel lege um real um 9,5 beziehungsweise 8,0 % zu. Motor des weltweiten Aufschwung bleiben den Instituten zufolge die USA. Das zweite Wachstumszentrum liegt nach Ansicht der Forscher in Ostasien, dort besonders in China.

Weniger günstig bewerten die Forscher die Aussichten für die Euro-Zone. „Nachzügler der Weltkonjunktur ist weiterhin der Euroraum", hieß es im Gutachten. Für Deutschland erwarten die Forscher lediglich eine Zunahme der Wirtschaftsleistung von 1,5 %. Wird die in diesem Jahr hohe Zahl der Arbeitstage herausgerechnet, liege das deutsche Bruttoinlandsprodukt demnach sogar nur um 0,9 % zu. Ursache für die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands sehen die Institute im schwachen Konsum. Dieser sei zurückzuführen auf die Reformpolitik und die hohe Arbeitslosigkeit.

Angesichts der weiter angespannten Haushaltslage erwarten die Insitute, dass Deutschland mit einer Neuverschuldung von weiterhin rund 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr zum vierten Mal die Obergrenze des europäischen Stabilitätspakts überschreiten wird.



Michael Rogowski, BDI-Präsident: *„Die aktuelle Konjunkturprognose der Institute macht deutlich, dass Deutschland noch längst nicht über den Berg ist. Der Aufschwung kommt nur in Trippelschritten voran."*

Gustav Horn, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: *„Die deutsche Wirtschaft wirkt noch müde."*

Anton Börner, Außenhandelspräsident: *„Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands koppelt sich zunehmend vom Aufschwung der Weltwirtschaft ab."*

Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident: *„Die Frühjahrsprognose der Forschungsinstitute macht den unverändert hohen Reformbedarf in unserem Land deutlich. Ein prognostiziertes Wachstum von lediglich 1,5 Prozent stellt der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis aus."*

Wolfgang Wiegard, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung: *„Ein zentraler Punkt zur Stärkung der Binnennachfrage ist eine grundlegende Steuerreform mit einer Senkung der Einkommensteuer über das hinaus, was die Bundesregierung eingeleitet hat und 2005 vollenden wird.*

Heinz Putzhammer, DGB-Vorstandsmitglied: *„Die jüngsten Zahlen des Frühjahrsgutachten zeigen klar, dass die kräftig anziehende Weltkonjunktur an Deutschland vorbeizugehen droht."*

Manfred Weber, Bankenverband-Hauptgeschäftsführer: *„Dass die deutsche Konjunktur trotz sehr guter Vorgaben seitens der Weltwirtschaft nicht richtig in Schwung kommen will, ist ein weiterer Beleg für die dringende Reformbedürftigkeit unserer Volkswirtschaft."*

Köhler für Bundespräsidentenamt offiziell nominiert

Der gemeinsame Kandidat von CDU, CSU und FDP für das Bundespräsidentenamt, Horst Köhler, hat von den Wahlmännern und -frauen der Union im Bundestag ein uneingeschränktes Vertrauensvotum erhalten.

Köhler sei einstimmig als Kandidat nominiert worden, teilte CDU-Partei- und Fraktionschefin Angela Merkel nach einer Sitzung zur Vorstellung des Kandidaten mit. Sie betonte, Köhler werde „der richtige Präsident für unsere Zeit sein", „in der die Globalisierung menschlich gestaltet werden muss". Der Vorsitzende der CSU, Edmund Stoiber, verwies darauf, dass die Deutschen einen „sehr politischen und sehr unabhängigen Bundespräsidenten bekommen werden". Köhler wolle „Hoffnung und Zuversicht" geben, aber auch klar machen, dass die Lage schwierig und nur „Besitzstandswahrung" nicht angebracht sei.

Horst Köhler äußerte sich über das eindeutige Votum der Wahlmänner und -frauen erfreut. Er versicherte, dass er auch künftig zuhören wolle, „wo der Schuh drückt", damit Lösungen für Deutschland gefunden werden könnten. Bis zur Wahl in der Bundesversammlung werde er die Zeit weiterhin nutzen, Gespräche zu führen und sich den Landtagsfraktionen vorzustellen.

Im Vorfeld der Nominierung hatten sich die Spitzengremien von Union und FDP auf Köhler als gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Insgesamt haben CDU und CSU in der Bundesversammlung 539 Stimmen. Gemeinsam mit den 83 Delegierten der FDP verfügen die Union und die Liberalen damit über 19 Stimmen mehr als zum Erreichen der absoluten Mehrheit erforderlich ist.

CHRISTLICHE WERTEGRUNDLAGE

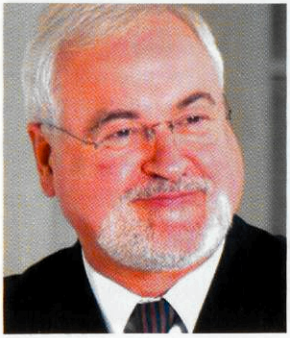
Der Bundesvorsitzende des EAK, Thomas Rachel MdB, begrüßte den Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten Horst Köhler in einer Sondersitzung des Bundesvorstandes. Köhler unterstrich „die bleibende Bedeutung des christlichen Menschenbildes und die orientierende Kraft christlicher Wertvorstellungen für die Politik". Auf der Basis des christlichen Glaubens gelte es, sich für eine realistische und menschenwürdige Zukunft einzusetzen. „Unser Land steht vor Veränderungen, aber die Probleme sind lösbar." Eine feste Wertegrundlage sei dafür wesentlich.

Schleswig-Holstein

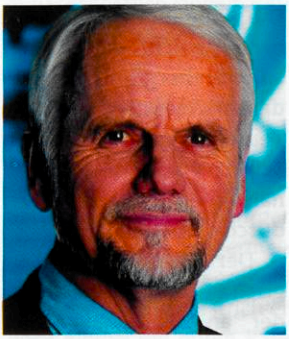
Endlich Ostsee-Konferenz einberufen!

Die Bundesregierung muss die Entwicklung der Ostsee zum EU-Binnenmeer zu einer nationalen Aufgabe machen.

Das fordern der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Peter Harry Carstensen und der Vorsitzende des Arbeitskreises Küste der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Börnsen.



Peter Harry Carstensen



Wolfgang Börnsen

„Die Erweiterung der EU um die zehn neuen Beitrittsländer mit 75 Millionen Bürgern ist ein Gewinn und eine Herausforderung zugleich. Die Ostsee wird zu einem EU-Binnenmeer, dem künftig eine eigenständige Bedeutung als wichtiger Wirtschaftsraum zukommen wird." Die Ostseeregion habe – entgegen allen Beteuerungen – derzeit keine vorrangige Bedeutung für die Bundesregierung.

Ein Direktprogramm für die Ostseeregion, wie Schweden es mit 1 Mrd. Kronen vorangetrieben habe, gebe es von der Bundesrepublik nicht und sei von dieser Regierung auch nicht geplant, bedauern die beiden schleswig-holsteinischen Politiker. „Eine derartige Ignoranz gegenüber einem Zukunftsmarkt mit über 150% Steigerung in zehn Jahren ist nicht tragbar, vor allem, wenn man berücksichtigt, dass die deutsche Wirtschaft alleine in 2003 Waren im Wert von 67 Mrd. € in osteuropäische Staaten exportiert hat, während es in die USA „nur" 58 Mrd. waren."

Statt hier eine aktive Rolle zu übernehmen, lasse sich die Bundesregierung in der Ostseepolitik lediglich vertreten. Carstensen und Börnsen: „Sie übernimmt die Programme der EU, ohne sie selbst zu prägen und ohne eigenständig initiativ zu werden. Sie verlegt Aufgaben auf die Nicht-Regierungs-Organisationen, in Form von Industrie- und Handelskammern, Umweltverbänden und Jugendaustauschorganisationen, ohne selbst zu gestalten."

Existentiellen Herausforderungen für alle Staaten wie Sicherheitspolitik, Ökologie, Demokratieförderung, Aufbau von Verkehrs-Infrastruktur, Organisierte Kriminalität, Menschen- und Minderheitenrechte seien aber Themen, die von der nationalen Regierung und ihren Parlamenten angepackt werden müssen", so die CDU-Politiker.

Die Ostseepolitik auf den Rang einer Regionalpolitik zu degradieren, sei sachlich und völkerrechtlich nicht vertretbar. Eine Ostsee-Konferenz jetzt am Beginn der EU- Neuausrichtung könne dazu beitragen, das Eigengewicht dieses EU-Binnenmeeres in das richtige Licht zu rücken.

Baden Württemberg

Keine Politik auf Kosten der Kommunen

Die Kommunen benötigen nach Ansicht des baden-württembergischen Landesvorsitzenden, Erwin Teufel, einen effektiven Schutz vor einseitigen finanziellen Belastungen durch den Bund.

Der baden-württembergische Ministerpärsident, der an zentral wichtiger Stelle in der Föderalismuskommission mitarbeitet, sagte dazu: „Die schwierige Finanzsituation der Kreise, Städte und Gemeinden kommt nicht von ungefähr. Sie hat eine wesentliche Ursache darin, dass der Bund in den vergangenen Jahren durch gesetzliche Regelungen in erheblichem Umfang finanzielle Lasten auf die Kommunen überwälzt hat. Damit muss künftig Schluß sein. Der Bund muss damit aufhören, Politik auf Kosten der Kreise und Kommunen zu machen."

Unter anderem bei der Sozialhilfe, bei der Grundsicherung und bei der Garantie eines Kindergartenplatzes habe sich der Bund die Regelung des Grundgesetzes zu Nutze gemacht, dass in Bundesgesetzen Zuständigkeiten für die Bewältigung von Aufgaben direkt auf die Kommunen übertragen werden können. Diese Ansicht würden auch die kommunalen Spitzenverbände teilen. Damit habe der Bund in der Vergangenheit wiederholt zum eigenen politischen Vorteil unmittelbare Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger begründet, ohne für die finanziellen Folgen dieser Politik einstehen zu müssen. „Der verfassungsrechtliche Durchgriff des Bundes auf die Kommunen muss beendet werden, damit Politik transparent und die Verantwortlichkeiten für die finanziellen Folgen von gesetzgeberischen Entscheidungen klar zugeordnet werden können", betonte der Ministerpräsident.

GRAFFITISCHMIEREREI DEN KAMPF ANGESAGT

Sachsen-Anhalt fordert schärfere Regelungen bei der strafrechtlichen Ahndung von Graffiti und hat dazu eine entsprechende Bundesratsinitiative beschlossen.

Durch das illegale Besprühen privater und öffentlicher Gebäude entstünde bundesweit ein volkswirtschaftlicher Schaden von rund 200 Mio. € sowie bei den Bahnen von zusätzlich etwa 50 Mio. € pro Jahr, begründete Justizminister Curt Becker den Vorstoß, der gemeinsam mit Baden-Württemberg geplant ist.

Mit der Initiative soll der Bundestag aufgefordert werden, einen seit Dezember 2002 vorliegenden Entwurf des Bundesrats für ein Graffiti-Bekämpfungsgesetz zügig zu verabschieden. Danach soll jegliches Anbringen von Graffiti gegen den Willen des Eigentümers strafbar sein. Nach der derzeitigen Rechtslage ist der Tatbestand der Sachbeschädigung nur dann erfüllt, wenn die Gebäudesubstanz erheblich verletzt oder die technische Brauchbarkeit nachhaltig beeinträchtigt sind. Es sei nicht hinnehmbar, „dass die Städte zunehmend verschandelt werden, während praktikable Gesetzesvorhaben im Bundestag nicht weiter verfolgt werden", kritisierte der Minister.

Hamburg

Fischer als Landesvorsitzender bestätigt

Auf dem Landesparteitag der Hamburger Chrisdemokraten wurde Dirk Fischer mit überwältigender Mehrheit für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt.

Mit 206 von 228 gültigen Stimmen erreichte Dirk Fischer, der dieses Amt seit 1992 ausübt, sein bestes persönliches Ergebnis. Zu seinen Stellvertretern wählten die knapp 240 anwesenden Delegierten die Senatoren Birgit Schnieber-Jastram (208 von 222 gültigen Stimmen) und Dr. Michael Freytag (206 von 222), sowie die Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten Antje Blumenthal (189 von 222) und Jürgen Klimke (167 von 222). Im Amt des Schatzmeisters wurde mit 200 von 205 gültigen Stimmen, Harald Boberg bestätigt.

Verantwortung

In seinem Rechenschaftsbericht hatte der alte und neue Landesvorsitzende zuvor die große Leistung der Hamburger CDU als Senatspartei der vergangenen zwei Jahre gewürdigt, aber mit Blick auf die kommenden

Dirk Fischer

Jahre auch betont: „Die Hamburger CDU ist jetzt die wegweisende politische Kraft in der Hansestadt. Als Partei der absoluten Mehrheit haben wir nun endlich die notwendige politische Gestaltungsfreiheit, um unsere politischen Ziele umsetzen zu können. Aber – wir haben auch eine ganz besondere Verantwortung gegenüber der Stadt und ih-ren Bürgern." Die im Regierungsprogramm genannten Themenschwerpunkte müssten nun zum Wohle der Bürger zügig umgesetzt werden. „Die geschilderten Aufgaben sehe ich als Herausforderung und Verpflichtung zugleich, denen ich mich zusammen mit Ihnen in der Hamburger CDU, jedoch gern stellen werde", schloss Dirk Fischer seinen von außerordentlich langem Beifall begleiteten Bericht.

Chance nutzen

Als Gast konnten der Landesparteitag der Hamburger CDU den Ersten Bürgermeister Ole von Beust begrüßen. In seiner Rede unterstrich er noch einmal die guten Rahmenbedingungen, die Hamburg für die kommenden „Zeiten der Entscheidungen und Veränderungen", im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten, trotz leerer Kassen immer noch habe. Ole von Beust betonte aber auch: „Wir müssen Hamburgs Stärken noch stärker machen und wir werden dafür die Chancen nutzen, die diese Stadt hat. Das wird zunächst dem einen oder anderen vielleicht ein wenig weh tun. Aber das Ziel, nämlich eine wirtschaftlich starke und gefestigte Position Hamburgs im europäischen und globalen Vergleich, sollten uns diese Unannehmlichkeiten Wert sein. Zum Wohle unserer Stadt bin ich bereit, dort wo es erforderlich ist, auch die nötigen Auseinandersetzungen zu führen."

Hessen

Positive Regierungsbilanz

Nach einem Jahr CDU-Alleinregierung in Hessen zog der Hessische Ministerpräsident Roland Koch eine positive Zwischenbilanz der Regierungstätigkeit:

„Wir sind voll im Plan und werden unsere Ziele, die wir in der Regierungserklärung niedergeschrieben haben, bis 2008 erfüllen", erklärte der Ministerpräsident, der darauf hinwies, dass die notwendig gewordene „Operation Sichere Zukunft" Früchte trage: So sei die Landesregierung erfolgreich dabei, bis 2007 kontinuierlich die Nettoneuverschuldung zurückzuführen und so mit ihrer Finanzpolitik „auf der sicheren Seite". Mit dem Rückgang der Nettokreditaufnahme von rund zwei Milliarden Euro im Jahre 2002 auf 1,5 Milliarden Euro im Jahre 2003 stehe Hessen nach Bayern und Baden-Württemberg auf einem beachtenswerten dritten Platz unter den Bundesländern. Die Prognose für das laufende Jahr liege bei 1,13 Milliarden Euro. „Auf diese Zahlen sind wir durchaus stolz. Das ist auch ein Zeichen für eine solide Finanzpolitik", so Koch.

Roland Koch

Ungeachtet der schwierigen ökonomischen Situation und der Tatsache, dass sich auch Hessen nicht von der bundesweiten katastrophalen finanzwirtschaftlichen Situation abkoppeln könne, habe Hessen für die Zeit von 1999 bis 2003 dennoch ein Wirtschaftswachstum von 1,9 % vorzuweisen und liege damit hinter Bayern auf Rang zwei. Führend sei Hessen bei den Gewerbeanmeldungen. Auch das sei ein positives Signal. Besonders erfreulich sei auch die Entwicklung in Nordhessen: Hier sei die Arbeitslosigkeit entgegen dem Bundestrend seit 1999 um 4,55 Prozent zurückgegangen. Außerdem sei es trotz aller schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen gelungen, die Schwerpunktthemen nicht zu vernachlässigen.

Die Zahl der Unterrichtsstunden an hessischen Schulen sei kontinuierlich gestiegen und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch eine bis 2004 stetig wachsende Polizeipräsenz verbessert worden. Auf dem Zukunftsfeld Forschung und Entwicklung sei Hessen, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, Spitze in Deutschland. Und im Rahmen der Bildungspolitik werde man die Forschung weiter fördern, derzeit mit Investitionen von 1,5 Milliarden Euro.

Die hessische Landesregierung stehe weiterhin ohne Wenn und Aber zum Ausbau des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens, inklusive neuer Landebahn und Nachtflugverbot. „Und wir werden es bis 2008 schaffen, IT-gestützt in Hessen eine der modernsten Landesverwaltungen in Deutschland zu schaffen. Im Bereich E-Government sind wir bereits dabei, Zukunftsvisionen zu verwirklichen und eine Vorreiterstellung einzunehmen", sagte das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands

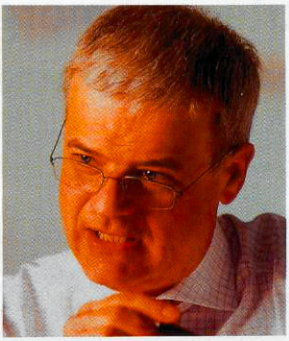
Rheinland-Pfalz

Hochgesteckte Ziele

Begleitet von Optimismus und kämpferischen Tönen der Parteispitze ist die CDU in Rheinland-Pfalz in den Kommunal- und Europawahlkampf gestartet.

Auf dem 55. Landesparteitag in Ludwigshafen zeigte sich der Landesvorsitzende Christoph Böhr zuversichtlich, dass die CDU die bevorstehenden Wahlen gewinnen und das „historisch beste" Ergebnis von 1999 sogar noch steigern wird. Dieses Ziel sei realistisch sagte Böhr und verwies auch auf die Bürgermeister-Direktwahlen in den vergangenen Jahren. Gleichwohl rief Böhr seine Partei zu einem engagierten Wahlkampf auf: Ein Wahlsieg sei „kein Selbstläufer", die CDU müsse für ein „Überleben der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz" und für ein „starkes Europa" kämpfen.

Die Politik der rot-grünen Bundesregierung bezeichnete der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende als „ziellos und widersprüchlich". Dadurch seien viele Menschen verunsichert worden. Durch die „schlechte und falsche" Politik erlebe Deutschland einen „wirtschaftlichen Niedergang ohne Gleichen", kritisierte Böhr. Die Maßnahmen „von der Ökosteuer bis zum Dosenpfand" würden vor allem mittelständische Unternehmen stark belasten. Böhr forderte seine Partei dazu auf „ein alternatives Konzept" zu den „Reformvorstellungen" der rot-grünen Koalition zu entwickeln. Als Hauptgrund für Arbeitslosigkeit und mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit nannte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende die hohen Lohnnebenkosten. „Arbeit und Wohlstand für alle" sei das große und alles überragende Ziel der Politik. Um das zu ermöglichen, müssten die Kosten für Arbeit gesenkt werden. Neben einer Abkoppelung bestimmter Sozialversicherungsbeiträge vom Bruttolohn sei eine umfassende Steuerreform notwendig. Erneut sprach sich Böhr gegen die geplante Ausbildungsplatzabgabe aus. Dieser „Unfug" könne keine Probleme lösen. Vielmehr müssten auch die rheinland-pfälzischen Kommunen bei der Einführung einer solchen Abgabe „zig Millionen" bezahlen.


Christoph Böhr

Verabschiedet wurde auf dem Parteitag die „Ludwigshafener Erklärung", mit dem die Europa- und die Kommunalwahl bestritten werden soll. Darin sprachen sich die 320 Delegiertem einstimmig für eine familienfreundlichere Kommunalpolitik, mehr Unterstützung für berufstätige Mütter und für eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden aus.

In einer Diskussion über die aktuelle Terrorgefahr in Europa forderte der rheinland-pfälzische CDU-Europaparlamentarier Werner Langen „mehr Gemeinsamkeit und Handlungsbereitschaft" der europäischen Staaten. Die Europäische Union habe noch keine abgestimmte Außen- und Sicherheitspolitik, um auf den Terrorismus angemessen reagieren zu können.

Gesprächskreis

Frauen in der Lebenswelt von heute und morgen

Wie muss eine moderne und fortschrittliche Gesellschaftspolitik aussehen, um den Lebensrealitäten von Frauen und Männern in Gegenwart und Zukunft gerecht zu werden?

Mit dieser Kernfrage beschäftigt sich der neu gegründete Gesprächskreis Frauenpolitik der CDU unter der Vorsitzenden Maria Böhmer.

Ausgangspunkt für die Arbeit des Gesprächskreises Frauenpolitik, der von Generalsekretär Laurenz Meyer ins Leben gerufen wurde, sind die Essener Leitsätze der CDU von 1985 „Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau". Die CDU hatte als erste Partei vor 19 Jahren mit ihrem Essener Parteitag einen über alle Parteigrenzen hinweg anerkannten programmatischen Vorstoß in der Frauen- und Familienpolitik gemacht. Die Essener Leitsätze stehen für den Aufbruch der CDU in der Frauenpolitik. Im Dezember 1999 hat die CDU ein neues familienpolitisches Programm „Lust auf Familie" vorgelegt. Damit hat die CDU der Familienpolitik einen neuen Schub gegeben, die veränderten Lebenswirklichkeiten der Menschen werden in den Blick genommen, und den Familien werden konkrete Antworten zur besseren finanziellen Förderung, zur Kinderbetreuung und zur Erziehungskompetenz der Eltern gegeben.

Maria Böhmer

Die gewandelten Lebensvorstellungen von Frauen und Männern und die demographische Entwicklung erfordern neue Sichtweisen und Schlussfolgerungen in Politik und Wirtschaft, im Erziehungs- und Bildungsbereich. Dieser Aufgabe will sich der Gesprächskreis stellen. Ziel ist es, eine partnerschaftliche Gesellschaft zu gestalten, die Frauen und Männer gleichermaßen „ins Boot holt". Die bisherigen frauen- und familienpolitischen Maßnahmen sollen dabei auf den Prüfstand gestellt und weiterentwickelt werden. Es ist zu fragen, ob sie tatsächlich den Wunsch nach Familie verwirklichen helfen.

Fest steht, dass für Familien die Verbesserung der Rahmenbedingungen dringend notwendig ist, um sie besser als bisher zu entlasten. „Dabei verstehen wir Politik für Frauen als eine Querschnittsaufgabe" – so die Vorsitzende des Gesprächskreises Maria Böhmer. Deshalb wurde der Gesprächskreis mit Politikerinnen und Politiker von Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie mit externen Sachverständigen aus Hochschule, Wirtschaft und Verbänden besetzt.

Eine Übersicht über alle Bundesfachausschüsse und Gesprächskreise der CDU Deutschlands finden Sie unter
→ **www.cdu.de**
→ Politik A bis Z
→ Bundesfachausschüsse

Aussiedlerbeauftragten-Konferenz

Zu einer ersten Konferenz in diesem Jahr haben sich die Aussiedlerbeauftragten der CDU-Landes- und Kreisverbände im Konrad-Adenauer-Haus getroffen.

Unter der Leitung des Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme, diskutierten die 40 Teilnehmer aktuelle Aussiedlerfragen. Wesentliche Punkte waren das Integrationsproblem und die angeblich höhere Kriminalitätsrate. Fromme kritisierte undifferenzierte Statistiken, die die Täterschaft von Aussiedlern nur aus den Angaben der Geburtsorte von Tatverdächtigen abzuleiten versuchen. Das ist unseriös, weil Personen mit Geburtsorten aus den Herkunftsgebieten der Spätaussiedler auf unterschiedlichsten Wegen nach Deutschland kommen. Fromme erinnerte in diesem Zusammenhang an die Kontingentflüchtlinge und die auf der Basis des Vollmer-Erlasses eingereisten Personen. Die so zusammengefasste Gruppe sei so undifferenziert, dass aus dem Geburtsort nicht auf die Spätaussiedlereigenschaft geschlossen werden könne. Eine derartige Interpretation der Statistik sei unseriös.

Jochen-Konrad Fromme

Auf breite Zustimmung stieß der stellv. Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, mit seinen kritischen Ausführungen zum Stand der Verhandlungen um das Zuwanderungsgesetz.

Weitere Schwerpunkthemen waren der Aufbau eines Netzwerkes zur Intensivierung der Kommunikation unter den Aussiedlerbeauftragten sowie Wege und Möglichkeiten für die Erstellung einer Dokumentation über die Aussiedlerarbeit.

CDU-MITGLIEDERZAHLEN WEITER GESTIEGEN

Die Zahl der CDU-Mitglieder ist im März stark gestiegen: Im Saldo hat die CDU 1067 mehr Mitglieder als im Vormonat. Damit hat sich der Trend verstärkt, der sich bereits im Februar andeutete: Zum ersten Mal seit Herbst 2002 sind die wegen der Altersstruktur der Volksparteien sinkenden Mitgliederzahlen der CDU durch Neueintritte nicht nur ausgeglichen, sondern sogar überkompensiert worden. Im ersten Quartal sind über 10.000 Bürgerinnen und Bürger neu in die CDU eingetreten. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer: „Mehr und mehr Menschen wollen erfreulicherweise bei der CDU mitarbeiten. Das zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger eine andere Politik wollen als die dieser Bundesregierung."

Während die SPD allein im ersten Quartal 2004 per Saldo über 20.000 Mitglieder verloren hat, führte bei der CDU die erfolgreich laufende Mitgliederwerbeaktion dazu, dass der Trend sinkender Mitgliederzahlen gestoppt und umgekehrt werden konnte. Die größten Netto-Zugewinne: NRW (+792 Mitglieder), Rheinland-Pfalz (+189) und Baden-Württemberg (+105).

Interesse für Politik geweckt!

Vielleicht wird eine von ihnen Kamerafrau, die andere Ingenieurin, eine Dritte Physikerin. Vielleicht sehen wir eine von Ihnen aber auch als Bundestagsabgeordnete, als Staatssekretärin oder als Ministerin wieder.

Um einmal in „frauenuntypische" Berufe hineinschnuppern zu können, nutzten Zehntausende Mädchen bundesweit beim diesjährigen „Girl´s Day" die Möglichkeit, in „typische" Männerberufe hineinzuschnuppern. Da die CDU mit Angela Merkel als einzige Partei mit einer Frau als Vorsitzenden anscheinend ein gutes Pflaster für politisch ambitionierte Frauen ist, stürmten rund 50 Mädchen das Konrad-Adenauer-Haus.

Während ihre männlichen Mitschüler in den Klassenzimmern büffeln mussten, informierten sich die Mädchen über ihre Karriere-Chancen, auch in der Politik. Tapfer Rede und Antwort standen die beiden Bundestags-"Frischlinge" Gitta Connemann und Julia Klöckner, sowie die Berliner Bundestagsabgeordnete Edeltraut Töpfer, die Fragen rund um die Hauptstadt beantwortete. Die lockere Art und Weise wie sich die Abgeordneten den Fragen stellten, ließ keine Berührungsängste aufkommen. Munter fragten die Schülerinnen drauflos und erhielten immer eine sachkundige Antwort.

Besonders gespannt waren die Mädchen auf das Treffen mit CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer. Er ermutigte die Schülerinnen, sich nicht von fixen Rollenbildern bei der Berufswahl beeinflussen zu lassen, sondern die Palette der Ausbildungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen. Weiter sagte Meyer, der Staat müsse junge Frauen selbst darüber entscheiden lassen, ob und wie sie Familie und Beruf vereinbaren. Dabei habe er die Voraussetzungen für eine „echte Wahlfreiheit" zu schaffen, sich aber ansonsten aus den Entscheidungen der Menschen „herauszuhalten". Ausdrücklich forderte der Generalsekretär die Mädchen auf, ihr Interesse für Politik weiter zu entwickeln anstatt sich mit der „Zuschauerbank" zu begnügen.

Arbeitsforum „Große Städte"

Perspektive Großstadt

„Unseren Städten sowie vor allem den Menschen im `Lebens- und Wirtschaftsraum Stadt´ zukunftsfähige Perspektiven und konkrete politische Antworten auf aktuelle Problemlagen zu geben."

Dieses Leitmotiv stand bei der Gründung des Arbeitsforums der Bundestagsfraktion „Große Städte" Pate. Besondere Bedeutung erlangt dieses Forum, das von dem Vorsitzenden der Fraktionsarbeitsgruppe Kommunalpolitik, Peter Götz, initiiert wurde und von dem Bundestagsabgeordneten Bernhard Kaster geleitet wird, vor dem Hintergrund, dass 25,4 Mio. Menschen oder 31 % der Gesamtbevölkerung zwischenzeitlich in Deutschland in großen Städten leben. Über 30 Abgeordnete, überwiegend aus den Wahlkreisen der 83 Städten mit über 100.000 Einwohnern, haben sich zwischenzeitlich zu mehreren Arbeitssitzungen zusammengefunden.

Auf der Agenda steht neben den Themenkomplexen „Miteinander Leben", „Arbeiten und Wohnen", „Bürger und Kommune" und „Stadt im Wettbewerb" das Thema „Finanzielles Überleben sichern" ganz oben. In diesem Zusammenhang wies der Vorsitzende Kaster auf die größte Finanzkrise der Städte seit Bestehen der Bundesrepublik hin. Besonders belastet würden die Städte durch den hohen Anteil der Sozialhilfeempfänger in den Großstädten. Dieser liege mit durchschnittlich 5,5 % deutlich über den allgemeinen Bundesdurchschnitt von 3,3 %. in den Metropolen oftmals schwankend zwischen 7 und 10 %. Außerdem hätten die Städte die größten Integrationsanstrengungen für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu leisten.

Peter Götz

Bernhard Kaster

Die ersten Sitzungen des Forums waren geprägt von der Neufassung des Baugesetzbuches zur Anpassung an europäische Richtlinien, „Hartz IV" und dem vom Ergebnis des Vermittlungsausschusses im Dezember konträr abweichenden Entwurf eines Optionsgesetzes durch die Bundesregierung.

„Letztlich geht es auch darum, unseren Städten wieder die Chance zu geben, Vorreiter und Impulsgeber für neue gesellschaftspolitische, wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklungen auf der Grundlage einer dynamischen und finanziell soliden kommunalen Selbstverwaltung zu sein. Die europäische wie auch internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Städte wird unter Berücksichtigung der Metropolenentwicklung weltweit immer ein entscheidendes Kriterium für den Standort Deutschland sein," zeigte sich Kaster überzeugt.

Ausbildungsabgabe – gegen alle Bedenken

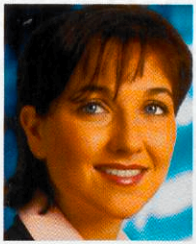
Erklärung zu den Beratungen zur von Rot-Grün geplanten Einführung der Ausbildungsplatzabgabe:

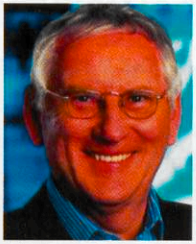
Keine konkreten Änderungen zur Ausbildungsplatzabgabe brachten die heutigen Beratungen. Trotz der Anhörung am vergangenen Freitag bestätigte sich heute die Befürchtung, dass der Gesetzentwurf zur Ausbildungsabgabe von Rot-Grün längst abgehakt ist, der lediglich noch durch die parlamentarischen Instanzen getrieben werden soll.

Dies zeigte sich vor allem in der rot-grünen Ignoranz gegenüber den Voten selbst der eigenen Experten, wie diese in der Anhörung zu hören waren. Deren Bedenken zu den willkürlich gewählten Quoten zur Auslösung der Abgabe, sowie deren Kritik, dass anhand der Abgabe kein einziger neuer Ausbildungsplatz entstehen könnte, wurden von der Koalition vom Tisch gewischt.

Das rot-grüne Credo heißt offenkundig: Münteferings Wille geschehe! Von ernsthafter parlamentarischer Beratung dabei keine Spur.

Einzig Städte und Kommunen, die sich bereits in der Haushaltssicherung befinden - also faktisch pleite sind - sowie Berufe der Krankenpflege sollen womöglich Ausnahmeregelungen erhalten. Doch konkret wurde hierzu nichts bekannt.


Katherina Reiche


Werner Lensing

Uwe Schummer

Tatsächlich werden mit der geplanten Zwangsabgabe die Opfer zu Tätern degradiert. Denn erst die katastrophale Wirtschaftslage nötigt die Unternehmen dazu, die Ausbildung einzuschränken. Wissen diese heute nicht, wie es morgen wirtschaftlich weitergehen soll. So folgt in fataler Weise die Ausbildung zwingend dem Arbeitsmarkt.

Obendrein offenbart die vorgeschriebene Bezugsgröße nach der Anzahl der sozialversichert beschäftigten Arbeitnehmer den wahren Charakter der Abgabe: Sie ist nichts anderes als eine verdeckte Arbeitsplatzsteuer.

Gleichwohl meint Rot-Grün immer noch, per Knopfdruck Ausbildungsplätze erzwingen zu können.

Auf diese bezeichnende Weise macht sich der Gesetzgeber zum Büttel der Tarifparteien, anstatt endlich eine Debatte über die längst überfällige Reform der Berufsausbildung zu beginnen, zumal der Unionsentwurf zum Berufsbildungsgesetz längst vorliegt.

Katherina Reiche ist bildungspolitische Fraktionssprecherin, **Werner Lensing** ist der zuständige Berichterstatter im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, **Werner Lensing** und **Uwe Schummer** ist Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Neuer Zypern-Anlauf nötig

Erklärung zum gescheiterten Zypern-Referendum:

Die Bürger Zyperns haben die historische Chance der Wiedervereinigung ihres Landes verpasst. Irrationale Ängste haben im Zypern-Referendum über die historische

Peter Hintze

Vernunft gesiegt. Das Referendum ist ein Beleg dafür, daß Volksabstimmungen zur Herrschaft der Gefühle über die Vernunft führen.

Es bleibt jetzt gemeinsame Aufgabe von Kommission und Mitgliedstaaten, das neue Mitglied Zypern rasch nach dem 1. Mai zu einem weiteren Wiedervereinigungsanlauf zu bewegen.

Die Türkei könnte durch einen weitgehenden Truppenabzug aus Nordzypern einen wichtigen Beitrag zum Einigungsprozess leisten. Auf der anderen Seite sollte die Europäische Union die wirtschaftliche und politische Annäherung des Nordens weiter fördern.

Peter Hintze ist der europapolitische Fraktionssprecher.

Eichels Gesetzentwurf versenkt

Stellungnahme zum Ergebnis der Anhörung zur geplanten Errichtung einer Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA):

Das Urteil der Sachverständigen über die von der Bundesregierung geplante BImA fiel einhellig aus: Setzen. Sechs! Selbst Abgeordnete der Koalition haben erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Bundesanstalt, mit der die Bundesregierung zukünftig ihr Immobilienmanagement betreiben will. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist regelrecht zerrissen worden. Die Zielsetzung der BImA sei überhaupt nicht klar. Würde sie hauptsächlich dem schnellen Abverkauf von nicht mehr benötigtem Immobilienvermögen dienen, würde sie entsprechende Vermögensverluste in Kauf nehmen und sehr schnell zu erheblichen Personalüberhängen führen. Sollte stattdessen ein langfristig tätiges Unternehmen geschaffen werden, stünde dies im Widerspruch zu dem Ziel der schnellen Realisierung von Verkaufserlösen.

Nach Meinung des Bundesrechnungshofes fehlt der BImA jeglicher Anreiz, ein besseres Ergebnis als in der bisherigen Bundesvermögensverwaltung zu erzielen. Es gäbe keine flachen Hierarchien; ein Kostenvorteil sei nicht erkennbar. Es sei überhaupt nicht nachvollziehbar, wie die von der Bundesregierung erwarteten Mehreinnahmen von 1,3 Mrd. € jemals realisiert werden sollten.

Auch die Arbeitnehmervertreter (Ver.di, VBOB) lehnen die BImA ab. Es sei im Unterschied zur Bundesvermögensverwaltung lediglich die Rechtsform geändert worden und es fehle jegliches Personalkonzept. Ein besonderer Konflikt ergibt sich im steuerlichen Bereich. Nach Auskunft der Finanz-

ZYPERN – EIN EU-PROBLEM

„Der EU-Beitritt der Türkei rückt in weitere Ferne, weil es ab dem 1. Mai ein ungelöstes Problem gibt zwischen einem Mitgliedsland – nämlich Zypern – und der Türkei", sagte der Europaabgeordnete Elmar Brok der Berliner Tageszeitung „Tagesspiegel" Zwar könne man Ankara nicht das Scheitern des Referendums anlasten, sagte Brok weiter. „Was aber das Gesamtpaket eines möglichen EU-Beitritts der Türkei anbelangt, so kann man sagen: Zypern ist für die Türkei ein Stein, der auf der Negativ-Seite liegt."

Dietrich Austermann

Jochen-K. Fromme

Georg Brunnhuber

Hermann Kues

verwaltung ist nicht ausgeschlossen, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ggf. körperschaftsteuerpflichtig würde. Von Rentabilität könnte dann nicht einmal geträumt werden.

Auch Abgeordnete der Koalition hegen den Verdacht, dass die BImA in erster Linie aus Gründen der Versorgung verdienter Mitarbeiter mit lukrativen Posten ins Leben gerufen werden soll.

Die BImA ist ein erneuter Versuch der Bundesregierung, ihren mangelnden Erfolg bei der Bewirtschaftung von Grundstücken durch Betreiben dieses Geschäftes in ständig wechselnden Rechtsformen zu vertuschen. Das zeigt die lange Geschichte von TLG, BVV, g.e.b.b und anderen Liegenschaftsgesellschaften des Bundes.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher und **Jochen-Konrad Fromme** ist der zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuss.

Kontakte zum Heiligen Stuhl verstärkt

Erklärung anlässlich des Besuchs des Kardinal-Höffner-Kreises der Bundestagsfraktion bei Kardinal Josef Ratzinger (Präfekt der Glaubenskongregation) und Erzbischof Giovanni Lajolo (Kardinalsstaatssekretär der Römischen Kurie für die Beziehungen zu den Staaten):

Als Unionspolitiker begrüßen wir den Appell Kardinal Ratzingers, Mut zur eigenen christlichen Identität aufzubringen. Es muss deutlich werden, dass zu einer europäischen Identität selbstverständlich auch der christliche Grundkontext gehört. Dieser, so der Kardinal, habe uns vernünftig und tolerant gemacht.

Erzbischof Lajolo bestärkt uns als Unionspolitiker zum Einsatz für den Gottesbezug in der EU-Verfassung. Die christlichen Wurzeln als verbindendes Element Europas zu leugnen, ist absurd und kommt der Verkennung historischer Tatsachen gleich.

Einigkeit mit dem Präfekten der Glaubenskongregation besteht ebenso in der Ablehnung des islamistischen Terrors. Die Unterscheidung zwischen Terrorismus und islamischer Religion muss aufrecht erhalten bleiben. Der Versuchung des Kulturkampfes müsse man widerstehen, so Ratzinger. Erzbischof Lajolo unterstützte die Haltung der Union in der „Kopftuchdebatte" dahingehend, dass er ein Verbot für legitim halte, wenn das Tragen des Kopftuches gegen das Grundgesetz gerichtet sei.

Die vertrauensvollen Gespräche mit Kardinal Ratzinger und Erzbischof Lajolo bestätigen, dass gute und tragfähige Kontakte zwischen Unionspolitikern und dem Heiligen Stuhl bestehen.

Georg Brunnhuber ist der Vorsitzende des Höffner Kreises und **Hermann Kues** ist der kirchenpolitische Fraktionssprecher.

„Mehrheit ist Mehrheit“ Eine schnörkellose Bestandsaufnahme

„Der saarländische CDU-Bundestagsabgeordnete Albrecht Feibel ist bekannt dafür, dass er sagt, was er denkt und denkt, was er sagt. Diesem Ruf wird er mit seinem Buch „Mehrheit ist Mehrheit“, das in diesen Tagen erschienen ist, vollauf gerecht. Es provoziert, und genau das hat Feibel gewollt.

Der Untertitel „Von der Aushöhlung der Demokratie“ zeigt, was dem Saarländer am Herzen liegt. Er beklagt zwar auch die Verrohung der politischen Sitten, wichtiger aber ist ihm, aufzuzeigen, wie seit Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung elementarste Grundregel der Demokratie außer Kraft gesetzt werden, ohne dass dies zu einem öffentlichen Protest führte. Der Prozess der Entdemokratisierung geht nach Feibel schleichend vor sich, und er belegt dies mit einer Reihe konkreter Beispiele. Ein Dorn im Auge sind ihm unter anderem die vielen und teuren Kommissionen, die Kanzler Schröder außerhalb des Parlaments einsetzt, zum einen, um bei anstehenden Entscheidungen zunächst Zeit zu gewinnen, zum anderen, um dem Koalitionsfraktionen Ergebnisse zu präsentieren, die diese dann nur noch abnicken dürfen.

Umfänglich widmet sich Feibel dem anhaltenden Trend der Scheinprivatisierung von Staatsunternehmen und Staatsaufgaben. Er kommt – und auch dies weist er nach – zu dem Ergebnis, dass solche „Privatisierungen“ in erster Linie zwei Zwecken dienen: In den Geschäftsführungen werden wohldotierte Versorgungsposten für „verdiente Genossen“ geschaffen, und nicht zuletzt werden solche Unternehmen – obwohl weiterhin im Staatsbesitz – der Kontrolle des Parlaments entzogen.

Besorgt zeigt sich Feibel, wenn es um die Frage des Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition geht. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik habe eine Regierung die Rechte der Opposition derart mit Füßen getreten, wie die Regierung Gerhard Schröder. Unter dem Motto „Mehrheit ist Mehrheit“ betreibe Schröder „Machtpolitik pur“ und breche Brücken zur Opposition mutwillig ab. Notdürftig flicke er sie nur, wenn er – wie bei den Reformpaketen – mangels eigener Mehrheiten die Opposition benötige.

Buch wird zweifellos neben Zustimmung auch viel Kritik ernten. Nicht, weil es Fehler aufwiese, sondern weil er in seiner Zustandsbeschreibung kein Blatt vor den Mund genommen hat. Offene Worte sind gerade in der Politik selten geworden. Dass Feibel sich weder als Abgeordneter, noch jetzt als Autor verbiegen lässt, zeichnet ihn aus.

Insgesamt ein lesenswertes Buch, das sicherlich den Hauptzweck bei Befürwortern wie Gegnern seiner Thesen erreichen wird: Es wird zum Nachdenken anregen.

Das Buch ist erschienen im Verlag edition q, hat 199 Seiten und kostet 15,20 €. Es kann auch über das Wahlkreisbüro (Tel. 06841 17 41 60, Fax 17 41 59) von Albrecht Feibel in Homburg/Saar, Eisenbahnstr. 34 bezogen werden.

Straßenatlas Deutschland
mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: **9260**
Preis je 10 Stück: ***15,00 €***
inkl. MwSt.: 17,40 €

Fingerklingel „Signal für den Wechsel"
Der trendige Artikel für Skater, Skooterroller und Rollerbladefahrer. Mit Klettverschluss für einen festen Sitz.

Bestell-Nummer: **9825**
Preis je 5 Stück: **10,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €

Fahrradflasche

Bestell-Nummer: **9872**
Preis je 4 Stück: **9,00 €**
inkl. MwSt.: 10,44 €

Schlüsselkarabiner

Bestell-Nummer: **9828**
Preis je 5 Stück: **9,00 €**
inkl. MwSt.: 10,44 €

Fahrradtasche
Mit separatem Umhängegurt.

Bestell-Nummer: **9871**
Preis je 1 Stück: ~~8,00 €~~ 4,80 €
inkl. MwSt.: ~~6,73 €~~ 5,57 €

Multifunktions-Card – mit Lupe und Kompass
Der Praktiker für unterwegs
mit 12 verschiedenen Funktionen.

Bestell-Nummer: **9826**
Preis je 5 Stück: **12,00 €**
inkl. MwSt.: 13,92 €

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben
20 Bälle im Netz inkl. einer Ballpumpe.

Bestell-Nummer: **9823**
Preis je 20 Stück: ~~106,00 €~~ 86,00 €
inkl. MwSt.: 122,9~~6~~ 99,76 €

Rollenbandmaß (2 m)

Bestell-Nummer: **9834**
Preis je 5 Stück: ~~10,00 €~~ 7,00 €
inkl. MwSt.: 10,4~~0~~ 8,12 €

Nähetui
Mit Schere zum Herausziehen und mit nützlichen Nähutensilien

Bestell-Nummer: **9827**
Preis je 10 Stück: ~~14,00 €~~ 12,00 €
inkl. MwSt.: 17,40 13,92 €

Freshmint-Tütchen
Bestell-Nummer: **9110**
Preis je 200 Stück: **22,00 €**
inkl. MwSt.: 25,52 €

Europa-Luftballon
Bestell-Nummer: **9561**
Preis je 500 Stück: **30,00 €**
inkl. MwSt.: 34,80 €

CDU-Luftballon in Orange
Bestell-Nummer: **9304**
Preis je 500 Stück: **30,00 €**
inkl. MwSt.: 34,80 €

Europa-Lesezeichen
Bestell-Nummer: **9121**
Preis je 100 Stück: **26,00 €**
inkl. MwSt.: 30,16 €

Kugelschreiber
Bestell-Nummer: **9102**
Preis je 100 Stück: **24,00 €**
inkl. MwSt.: 27,84 €

Feuerzeug
Bestell-Nummer: **9506**
Preis je 50 Stück: **25,00 €**
inkl. MwSt.: 29,00 €

Europa-Pin
Bestell-Nummer: **9119**
Preis je 100 Stück: **22,00 €**
inkl. MwSt.: 25,52 €

CDU-Europa-Kochbuch „Europa schmecken"
Bestell-Nummer: **9120**
Preis je 5 Stück: **16,50 €**
inkl. MwSt.: 19,14 €

Fußball-EM-Kalender 2004
Bestell-Nummer: **9653**
Preis je 100 Stück: **5,00 €**
inkl. MwSt.: 5,80 €

Euro-Sammelalbum
12 Euro-Länder/96 Münzen.
Einfach die einzelnen Münzen in die passenden Stanzungen drücken.
Bestell-Nummer: **9021**
Preis je Stück: **8,50 €**
inkl. MwSt.: 9,86 €

Aufkleber „CDU"
Bestell-Nummer: **9891**
Preis je 100 Stück: **4,00 €**
inkl. MwSt.: 4,64 €

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Leporello
„Europa? Aber sicher."

Bestell-Nummer: **2116**
Preis je 100 Stück: **10,75 €**
inkl. MwSt.: 11,50 €

Leporello
„Ausbildung in Europa"

Bestell-Nummer: **2144**
Preis je 100 Stück: **10,75 €**
inkl. MwSt.: 11,50 €

Leporello
„Erstwähler"

Bestell-Nummer: **2143**
Preis je 100 Stück: **10,75 €**
inkl. MwSt.: 11,50 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de